



Live TV

Aktuell ▾

Analyse

Meinung

Umfrage

Videos ▾

Leserpost

Journalisten

 Schweiz

 Österreich



De



# Newsletter abonnieren

**Schnell und  
zuverlässig zu den  
Nachrichten von  
RT DE:**

E-mail

Ich akzeptiere **die  
Datenschutzerklärung**

Wir bieten Ihnen die  
Möglichkeit, täglich  
per E-Mail RT-News-  
Highlights zu erhalten.



# Sparen am Journalismus kostet am Ende mehr: Eine halbe SRG ist eine halbe Schweiz

16 Feb. 2026 10:38 Uhr

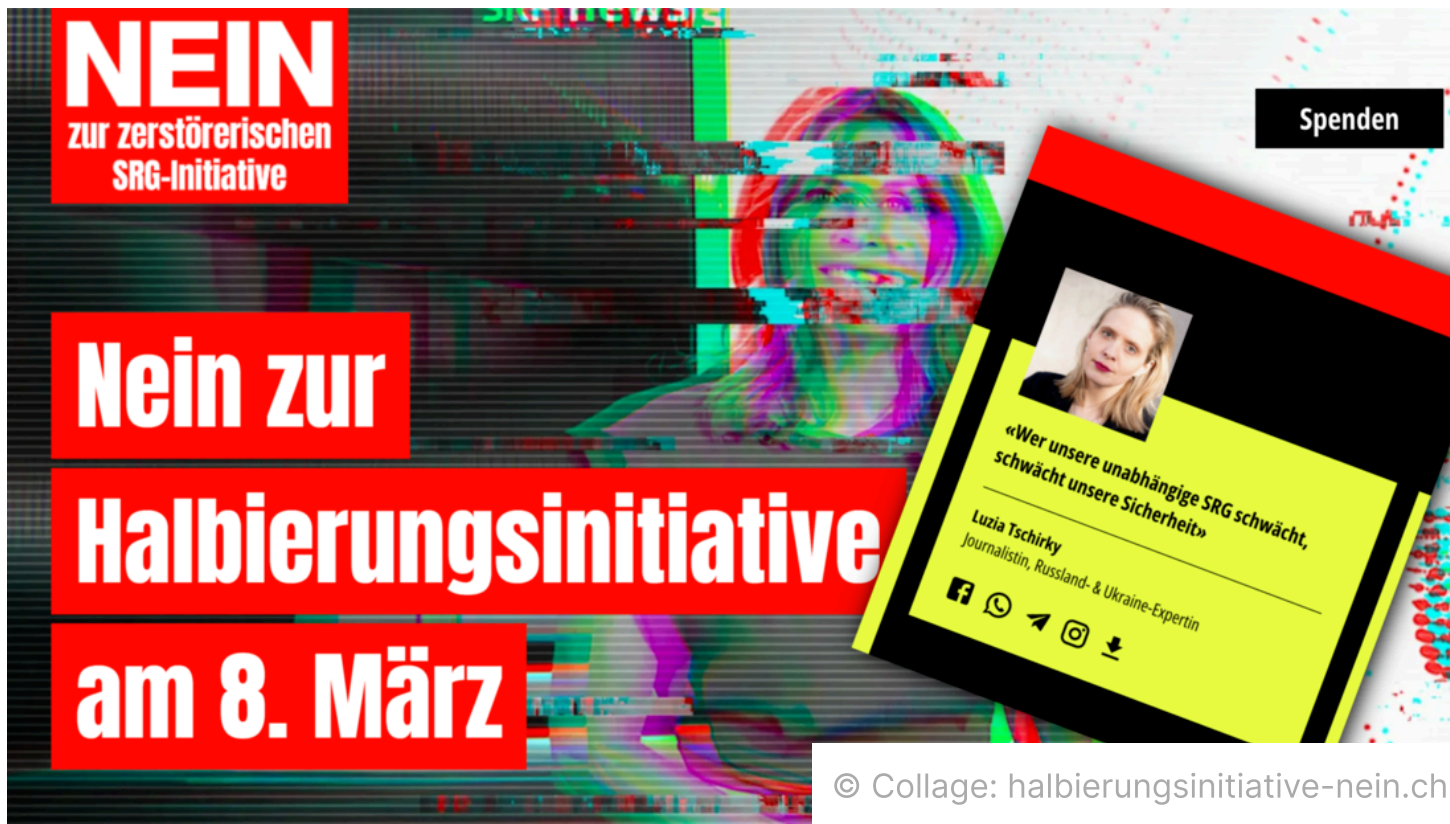
Die SRG ist mehr als Fernsehen und Radio. Sie ist Service public, Bildungsplattform, Kulturförderin und demokratisches Forum. Eine Halbierung der Mittel würde Angebot und Präsenz deutlich ausdünnen. Wer die Initiative ablehnt, setzt ein Zeichen für unabhängigen Journalismus, faire öffentliche Debatten und eine Schweiz, die sich selbst informiert.

LIVE:  
Rosenmontagszug  
in Düsseldorf



**Top-  
Artikel**





32 Rappen für die Wahrheit: Warum wir Nein sagen

*Von Hans-Ueli Lämpfli*

Die Schweiz ist bekanntlich ein Land der Vernunft. Wir rechnen präzise, wägen sorgfältig ab und wissen: Wenn man etwas halbiert, wird es automatisch doppelt so effizient. Warum also nicht auch die SRG?

## Liveticker Ukraine-Krieg: Russische Armee weitet Pufferzone in Gebieten Sumy und Charkow aus

Aktualisiert vor weniger als 1 Stunde

Analyse **Der Übergang von Diplomatie zu Militärargumenten – unsere letzte Warnung an die Gegner**

Aktualisiert gestern

## Märchenzahlen über Demo-Teilnehmer in deutschen Medien: Iranische Exilanten in München

Aktualisiert gestern

Meinung **Die Brigade Litauen wird zum**

200 Franken sind genug, heißt es. Mehr braucht es offenbar nicht, um vier Sprachregionen, Bergtäler, Bundeshaus, internationale Krisen, Schwingfeste, Abstimmungen, Kultur, Sport, Bildung und gelegentlich auch noch Satire zu versorgen. Ein echtes Schnäppchen. Demokratie im Sonderangebot.



**SRG betreibt weiterhin über 150 Social-Media-Kanäle trotz Spar- und Halbierungsdebatte**

Die Gegner der Halbierungsinitiative behaupten, wir würden mehr verlieren als nur Programmminuten. Sie sprechen pathetisch von Heimat. Von Schweizer Dokumentarfilmen. Von regionaler Berichterstattung. Von rätoromanischen Sendungen, die nicht unbedingt die Klickzahlen von Katzenvideos erreichen, aber dennoch existieren. Man fragt sich, wie lange noch.

Natürlich gibt es Alternativen. Netflix, TikTok, X liefern, was ich mag. Die SRG zeigt mir, was ich wissen muss. Das ist ein Problem, denn wer will schon wissen, was er wissen muss? Angenehmer ist doch, was der Algorithmus ohnehin für uns vorsortiert hat. Demokratie als personalisierte Playlist.

## Ladenhüter

Aktualisiert vor 19 Stunden

Analyse

**Klägeranwalt im Strafprozess gegen Gates, Bourla und Rutte wegen Terrorvorwurfs inhaftiert**

Aktualisiert vor 22 Stunden



Man hört warnende Stimmen: Öffentliche Medien schwächen heißt Demokratie schwächen. Klingt dramatisch. Fast so, als gäbe es einen Zusammenhang zwischen unabhängiger Information und mündigen Bürgern. Dabei wissen wir doch: Informierte Menschen stellen Fragen. Und Fragen sind anstrengend.

Die SRG berichtet aus allen Regionen. Vom Älplerfest bis zur Parlamentsdebatte. Sie überträgt Mountainbike, Snowboard und Schwingen, also Sportarten, die sich dem globalen Mainstream hartnäckig verweigern. Sie unterstützt Festivals, Filmproduktionen, Kulturprojekte. Sie beschäftigt Journalistinnen, Techniker, Kreative. Eine Halbierung wäre deshalb konsequent: weniger Vielfalt, weniger Kosten, weniger Stimmen. Endlich Übersicht.

Auch das Argument mit den vier Sprachen wirkt überholt. Wozu rätoromanische Sendungen, wenn Untertitel existieren? Wozu regionale Studios, wenn man alles zentralisieren kann? Eine ganze Schweiz benötigt eine ganze SRG, sagen die Befürworter. Man könnte erwidern: Eine halbe Schweiz reicht vielleicht auch.

In Zeiten von Deepfakes, Informationsblasen und Desinformationskampagnen halten einige eine starke, unabhängige



Berichterstattung für unverzichtbar. Sie fürchten, dass ohne Service public private Interessen, Investoren oder politische Lager das Feld dominieren. Aber vielleicht ist das die neue Romantik: der Glaube an Fakten.

32 Rappen pro Tag kostet der Beitrag ungefähr. Für geprüfte Information, kulturelle Sichtbarkeit, regionale Präsenz, demokratische Einordnung. 32 Rappen, um nicht ausschließlich in Werbeblöcken und Meinungsblasen zu leben. Das ist viel Geld. Man könnte dafür fast einen halben Kaffee kaufen.

Die Halbierungsinitiative wird als harmlose Sparübung präsentiert, doch sie ist keine kosmetische Korrektur, sondern eine strukturelle Operation am offenen Herzen des medialen Service public. Wer halbiert, kürzt nicht nur Budgets, sondern auch Perspektiven.

Vielleicht ist die entscheidende Frage nicht, ob die SRG perfekt ist, sondern ob wir eine Demokratie wollen, die sich ihre eigene Informationsgrundlage zurechtstutzt. Eine Demokratie light. Weniger Hintergrund, mehr Schlagwort. Weniger Einordnung, mehr Empörung.



Nein zur Halbierungsinitiative heißt in dieser Lesart nicht blinde Loyalität gegenüber einer Institution, es heißt, sich einzugestehen, dass unabhängige Information kein Luxus ist – sondern eine Voraussetzung.

Die Schweiz spart gern. Aber vielleicht sollte sie ausgerechnet dort nicht sparen, wo sie sich selbst erklärt.

**Mehr zum Thema** – [Schweiz: Ukrainer mit Porsche verliert Anspruch auf Sozialhilfe – 67.000 Franken zurückgefordert](#)



Schweiz: "Tages-Anzeiger" in der Krise – Leserzahlen und Werbeeinnah...



*RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.*

*Durch die Sperrung von RT zielt die EU darauf ab, eine kritische, nicht prowestliche Informationsquelle zum Schweigen zu bringen. Und dies nicht nur hinsichtlich des Ukraine-Kriegs. Der Zugang zu unserer Website wurde erschwert, mehrere Soziale Medien haben unsere Accounts blockiert. Es liegt nun an uns allen, ob in Deutschland und der EU auch weiterhin ein*



*Journalismus jenseits der Mainstream-Narrative betrieben werden kann. Wenn Euch unsere Artikel gefallen, teilt sie gern überall, wo Ihr aktiv seid. Das ist möglich, denn die EU hat weder unsere Arbeit noch das Lesen und Teilen unserer Artikel verboten. Anmerkung: Allerdings hat Österreich mit der Änderung des "Audiovisuellen Mediendienst-Gesetzes" am 13. April diesbezüglich eine Änderung eingeführt, die möglicherweise auch Privatpersonen betrifft. Deswegen bitten wir Euch bis zur Klärung des Sachverhalts, in Österreich unsere Beiträge vorerst nicht in den Sozialen Medien zu teilen.*

## **FOLGE UNS AUF**

Bern	Fernsehen	Gebühren	News / Nachrichten	Propaganda
SRF [Schweizer Radio und Fernsehen]	Schweiz	Zensur	Zürich	



Hinterlassen Sie Ihren

Kommentar

# **Epstein-Skandal erschüttert Trumps Oligarchen-Regime**

15 Feb. 2026 20:37 Uhr



**Wegen seiner Aussage vor dem US-Kongress zum Epstein-Komplex drohen Trumps FBI-Direktor Kash Patel nun strafrechtliche Konsequenzen? Und Trumps Justizministerin Pam Bondi beantwortet die Frage, warum die Strafverfolgung bekannter elitärer Kinderschänder ausgeblieben ist, mit einem Exkurs über Aktienkurse.**



Foto von Jeffrey Epstein aus den veröffentlichten Epstein-Files



Es ist eine dieser politischen Geschichten, die in einem funktionierenden demokratischen Staat eigentlich unmöglich sein sollten, aber in der Washingtoner Oligarchie zwangsläufig immer wieder passieren. Diesmal ist es der Skandal um die sogenannten Epstein-Akten. Der schwelte schon jahrelang vor sich hin, eine Mischung aus halben Offenlegungen, geschwärzten Dokumenten und dann routiniert mit immer neuen Versprechen, man arbeite mit Hochdruck an der vollständigen Aufklärung.

In letzter Zeit kam jedoch echte, wenn auch keine vollständige Bewegung in die Sache. Nachdem der politische Druck im Kongress – insbesondere durch Abgeordnete wie Thomas Massie – zu groß geworden war, sah sich das US-Justizministerium gezwungen,



ausgesuchten Mitgliedern des Kongresses zumindest einen begrenzten Zugang zu ungeschwärzten Versionen der Epstein-Akten zu gewähren.

**Epstein-Akten: Razzia  
bei Norwegens Ex-  
Premier Jagland –  
Suche nach  
Verbindung zu  
Russland**

Allerdings handelte es sich dabei nicht um eine vollständige Offenlegung aller Dokumente, nicht um die versprochene lückenlose Transparenz; es war keine Einsicht in physische Dokumente, sondern es gab in einem fensterlosen Raum nur den Blick auf Bilder, die auf einem Computermonitor von einer Vorauswahl von Dokumenten gezeigt wurden. Die Kongressabgeordneten durften keine elektronischen Geräte mit in den Raum nehmen,

um Kopien zu machen, nur ein Bleistift und Papier waren für Notizen erlaubt. Aber dennoch war das bereits genug, um einen Blick hinter die Kulissen des Justizministeriums zu werfen und dessen kriminelle Versuche zu entlarven, die Verbrechen der hochgestellten, elitären Kinderschänder zu vertuschen.

**Der Moment, in dem es für den FBI-Direktor strafrechtlich relevant wird**



Denn in den freigegebenen Unterlagen fand sich ein Detail, das weit über politisches Versagen hinausgeht: Bereits im Jahr 2019 hatte das FBI intern mindestens eine hochrangige Person, nämlich den Multimilliardär Les Wexner, offiziell als Mitverschwörer im Zusammenhang mit Epsteins Kinderhandel eingestuft. Das allein wäre schon brisant genug. Doch FBI-Direktor Kash Patel hatte noch im September 2025 vor dem Kongress ausgesagt, es gebe "keine glaubwürdigen Informationen" darüber, dass Epstein junge Frauen an andere Personen vermittelt habe. Auf die direkte Frage, wem Epstein die jungen Mädchen angeboten habe, antwortete Patel: "Sich selbst." Patel hatte also unter Eid vor dem Kongress ausgesagt, dass Epstein keinen sexuellen Kinderhandel betrieben hat, sondern all die vielen jungen Opfer selbst und allein missbraucht habe. Nun liegt jedoch seit etlichen Jahren ein offizielles FBI-Dokument vor, das genau das Gegenteil besagt.

Damit ist aus politischer Peinlichkeit ein mögliches Strafverfahren gegen Patel geworden. Denn das US-Bundesrecht stellt wissentlich falsche oder irreführende Aussagen gegenüber dem Kongress unter Strafe – mit bis zu fünf Jahren Haft. Sollte Patel zum Zeitpunkt seiner Aussage



Kenntnis von den internen Bewertungen gehabt haben, wäre seine Aussage nicht nur politisch problematisch, sondern auch kriminell.

Mit anderen Worten: Der FBI-Direktor könnte sich durch seine eigene Kongressanhörung strafrechtlich angreifbar gemacht haben.

### **Die große Kunst der Schwärzung**

**Premier Starmer opfert  
den Nächsten: Leiter  
der öffentlichen  
Verwaltung muss  
gehen**

Auch die Reaktion des US-Justizministeriums in Sachen Epstein folgte dem bekannten Muster der Vertuschung: abstreiten, relativieren, verzögern.

Als der mutige Abgeordnete Massie bei der Anhörung im Kongress darauf hinwies, dass in einem besonders relevanten Dokument, das einwandfrei auf Kindesmissbrauch hinweist, von 20 Namen 18 geschwärzt waren, erklärte der stellvertretende Justizminister Todd Blanche, dies sei notwendig gewesen, da sich unter den Namen auch Opfer befänden. Die später veröffentlichte Version zeigte jedoch, dass lediglich zwei der zwanzig Namen tatsächlich geschützt werden mussten.



Sechzehn waren offenbar aus anderen Gründen geschwärzt worden. Das Justizministerium hatte also Namen mutmaßlicher Täter entfernt – was eindeutig rechtswidrig war – und diese erst unter politischem Druck wieder sichtbar gemacht. Eine immer wieder vom Justizministerium versprochene Transparenzstrategie sieht anders aus.

### **US-Justizministerin verteidigt sich mit Dow-Jones-Rekord**

Während sich der Druck auf FBI-Chef Patel erhöht, hätte man erwarten können, dass die US-Justizministerin Pam Bondi zumindest rhetorisch die Kontrolle in der öffentlichen Debatte übernimmt. Doch der Auftritt vor dem Justizausschuss des Repräsentantenhauses des US-Kongresses entwickelte sich rasch zu einer Farce. Ihr Versuch, einer simplen, aber unangenehmen Frage auszuweichen, steigerte sich zu einer faszinierenden Realsatire.

Die Frage war denkbar einfach: "Wie viele von Epsteins mutmaßlichen Komplizen wurden bisher angeklagt?  
Wie viele werden überhaupt untersucht?"



**Ein geopolitisches  
Pokerspiel?**

**Bondis Antwort war ein Exkurs über den  
Aktienmarkt.**

Der Dow Jones, erklärte sie, stehe aktuell "auf einem Rekordhoch von 50.000 Punkten. Der S&P 500 nahe 7.000 Punkten. Das ist gut für die Altersvorsorge der Amerikaner. Wir sollten darüber sprechen. Wir sollten darüber sprechen, Amerikaner abzusichern."

Man muss sich das vorstellen: Die oberste Strafverfolgungsbehörde der Vereinigten Staaten wird zu möglichen Mittätern eines globalen Kindesmissbrauchsnetzwerks befragt – und die Ministerin versucht mit Börsenkursen abzulenken.

Die Logik dahinter bleibt unklar. Vielleicht handelt es sich um eine neue juristische Theorie: Solange die Börsenkurse steigen, sinkt die Dringlichkeit von Ermittlungen wegen Kindesvergewaltigung.

### **Prioritäten im Justizministerium**

Was Bondi nicht beantworten wollte, ist ebenso bemerkenswert wie das, was sie sagte. Trotz der nun teilweise ungeschwärzten Akten gibt es



bislang keine neuen Anklagen gegen einflussreiche Personen, die in den Dokumenten als mögliche Täter genannt werden.

Stattdessen kündigte das Justizministerium verstärkte Maßnahmen gegen "Hassrede" an. Das ist politisch bequem. "Hassrede" ist ein dehnbarer Begriff, selten gut organisiert und in der Regel nicht von milliardenschweren Netzwerken vertreten. Die strafrechtliche Verfolgung einflussreicher Persönlichkeiten, die in den Epstein-Akten auftauchen, wäre dagegen unerquicklich – politisch wie institutionell.

So entsteht der Eindruck, dass sich die Ressourcen des Justizministeriums zunehmend an der politischen Opportunität orientieren: Sprachvergehen lassen sich einfacher verfolgen als systematische sexuelle Gewalt gegen Kinder durch Mitglieder der gesellschaftlichen Elite.

Analyse

**Wirtschaftsexperte  
Kraimer: Epstein war  
Agent für den privaten  
Geheimdienst der  
Familie Rothschild**

### **Das Schweigen der Behörden**

Weitere Enthüllungen aus den Akten deuten darauf hin, dass Epsteins Netzwerk weit über den inneramerikanischen Kontext hinausging. E-Mails, Reisepläne und



persönliche Korrespondenzen dokumentieren Beziehungen zu internationalen Geschäftsleuten und politischen Akteuren, die über Jahre hinweg gepflegt wurden.

Dass solche Verbindungen bislang kaum strafrechtliche Konsequenzen nach sich gezogen haben, wirft Fragen auf. Fragen, die Bondi im Kongress nicht beantworten wollte – oder konnte.

Auch die politische Unterstützung bröckelt. Selbst loyale Republikaner, die Einsicht in die Akten erhielten, äußerten offen Zweifel daran, dass die Regierung tatsächlich an vollständiger Aufklärung interessiert ist.

Da durch den Umgang mit der Veröffentlichung der Epstein-Akten das politische Fundament der Trump-Regierung auch in der eigenen republikanischen Partei und parteilosen Sympathisanten bis ins Mark erschüttert ist, scheint es nur noch eine Frage der Zeit zu sein, bis das Kartenhaus, in das sich die Trump-Regierung wegen ihres unerschütterlichen Engagements zum Schutz der pädophilen Elite verwandelt hat, zusammenbricht.

**Mehr zum Thema – [Kunst mit Schwefelgeruch](#)**



*RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.*

*Durch die Sperrung von RT zielt die EU darauf ab, eine kritische, nicht prowestliche Informationsquelle zum Schweigen zu bringen. Und dies nicht nur hinsichtlich des Ukraine-Kriegs. Der Zugang zu unserer Website wurde erschwert, mehrere Soziale Medien haben unsere Accounts blockiert. Es liegt nun an uns allen, ob in Deutschland und der EU auch weiterhin ein*



*Journalismus jenseits der Mainstream-Narrative betrieben werden kann. Wenn Euch unsere Artikel gefallen, teilt sie gern überall, wo Ihr aktiv seid. Das ist möglich, denn die EU hat weder unsere Arbeit noch das Lesen und Teilen unserer Artikel verboten. Anmerkung: Allerdings hat Österreich mit der Änderung des "Audiovisuellen Mediendienst-Gesetzes" am 13. April diesbezüglich eine Änderung eingeführt, die möglicherweise auch Privatpersonen betrifft. Deswegen bitten wir Euch bis zur Klärung des Sachverhalts, in Österreich unsere Beiträge vorerst nicht in den Sozialen Medien zu teilen.*



Folge **uns auf Twitter**

Abgeordnete

Epstein-Files

Kongress

Skandal

USA

FBI

Justiz

Oligarchie

Rainer Rupp

Washington



Hinterlassen Sie Ihren

Kommentar

# Newsletter abonnieren

Sie erhalten eine E-Mail, in der Sie Ihre Anmeldung bestätigen müssen.

E-mail

Ich akzeptiere [die](#)  
[Datenschutzerklärung](#)

Aktuell

Analyse

Meinung

ИНОТВ

РТД

РУPTLY

Suche



Wir bieten Ihnen die  
Möglichkeit, täglich  
per E-Mail RT-News-  
Highlights zu erhalten.

Russia  
Beyond

## Instagram

Russland  
danach

Ausgewandert  
nach Russland

Russland  
extrem

RT Doku

Impressum

Datenschutzerklärung

Nutzungsbedingungen

Über uns

Nutzungsbedingungen  
für die  
Kommentarfunktion

In eigener Sache



## Journalisten



English

Русский

العربية

Español

Français

Српски

© Autonome gemeinnützige Organisation "TV-Novosti", 2005–2026. Alle Rechte vorbehalten

18+

